

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Isabella Zacharias, Christa Steiger, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Bernhard Roos, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer** und Fraktion (SPD)

Für eine humanere Asylpolitik: Prinzip der Förderung von Rückkehrbereitschaft sofort abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, die Förderung der Rückkehrbereitschaft gemäß § 7 Abs. 5 Satz 3 der Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) unverzüglich ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Die bayerische Asylpolitik hat sich bisher an dem Ziel einer Förderung der Rückkehrbereitschaft von Flüchtlingen orientiert, wie die entsprechende Bestimmung in der Asyldurchführungsverordnung zeigt. Von diesem Prinzip ist unverzüglich Abstand zu nehmen, da es im eklatanten Widerspruch zur Menschenwürde steht. Eine Streichung des Halbsatzes eröffnet eine Umkehr in der bayerischen Asylpraxis, die zu humaneren Lebensbedingungen für Asylbewerber und Asylbewerberinnen sowie der Etablierung einer Willkommenskultur führen soll.

Der Hungerstreik am Münchner Rindermarkt hat auf dramatische Art und Weise offenbart, in welcher verzweifelter Situation sich Flüchtlinge in Bayern teilweise befinden. Daher muss eine Umorientierung in der bayerischen Asyl- und Flüchtlingspolitik erfolgen, die sich in ersten Maßnahmen, wie einer Ausweitung der Asylsozialberatung durch die Schaffung und Finanzierung von zusätzlichen Stellen, der Abschaffung der Möglichkeit für Kommunen, eine Gebühr für eine Genehmigung zum Verlassen des Regierungsbezirks zu erheben, sowie einer Abschaffung der Essenspakete niederschlagen soll. Zudem soll sich dafür eingesetzt werden, die Asylverfahren durch eine personelle und finanzielle Aufstockung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu beschleunigen.